

Sehr geehrter Herr Bundesminister,  
lieber Hubertus Heil,

die Corona-Epidemie stellt uns alle vor große Herausforderungen. Wir beobachten mit großer Aufmerksamkeit, dass die Politik, Behörden und Institutionen darum bemüht sind, die Auswirkungen zu meistern: Dazu gehört auch die Empfehlung, persönliche Kontakte so weit wie möglich zu vermeiden, um die Gefahr einer Infektion im privaten, beruflichen oder öffentlichen Umfeld zu reduzieren. Die bundesweit agierenden Verbände, die zusammen rund 80 Prozent der Bildungsunternehmen in Deutschland vertreten, werden diese Empfehlungen unmittelbar an Ihre Mitglieder weiterleiten.

Aktuell stellen wir fest, dass Bildungseinrichtungen freier Träger durch Verfügung oder Erlass der jeweiligen Landesministerien geschlossen werden. Damit ist es unseren Mitgliedsunternehmen von behördlicher Seite aus untersagt, ihre Geschäftstätigkeit auszuüben. Grundsätzlich können unsere Mitgliedsunternehmen zumindest einen Teil ihrer Leistungen den Teilnehmer\*innen von Maßnahmen trotz Schließungen auch weiterhin anbieten, beispielsweise durch Online-Formate oder Telefoncoaching für Betreuung und Austausch. Hierzu bedarf es aber von Seiten der Landesministerien, der Vertragspartner und/oder der fachkundigen Stellen schneller und pragmatischer Ermächtigungen.

**Wir sind davon überzeugt, dass in diesen Krisenzeiten auch die Bundesagentur Ihrer Verantwortung nachkommen muss. Als nachgeordnete Behörde der Bundesregierung muss sie dafür Sorge tragen, dass auch in ihrem Verantwortungsbereich die Empfehlungen der Bundesregierung zur Eindämmung des Virus umgesetzt und gleichzeitig größtmöglicher wirtschaftlicher Schaden abgewendet werden muss.**

**Das bedeutet konkret, dass Maßnahmenorte geschlossen werden sollten, die Maßnahmen selbst aber bestmöglich online oder durch andere Methoden fortzuführen sind. Die Gesundheit der Mitarbeitenden und Teilnehmenden sollte hier an erster Stelle stehen. Unabhängig hiervon sind sämtliche Maßnahmevergütungen weiter durch die Bundesagentur zu zahlen, damit finanzielle und personelle Engpässe bei den Leistungserbringern verhindert werden.**

Wir weisen darauf hin, dass die Schließung von Bildungs- und Sozialeinrichtungen nicht nur große Auswirkungen auf die leistungsberechtigten Teilnehmer\*innen von Maßnahmen hat, die im **Auftrag der Bundesagentur für Arbeit umgesetzt werden**, sondern auch uns als Träger an die Grenze unserer Wirtschaftlichkeit, bis zur Existenzgefährdung bringen, ganz zu schweigen, von den Auswirkungen auf eine Vielzahl von Mitarbeiter\*innen, die dafür Sorge tragen, dass Maßnahmen überhaupt angeboten werden können.

Die unterzeichnenden Verbände fordern daher mit Nachdruck, die **avisierten Maßnahmen nicht zu unterbrechen, sondern auch ohne die face to face Betreuung der Teilnehmenden rechtlich sowie so weit wie möglich online oder durch andere Methoden weiterlaufen zu lassen. Nur so kann akut die Teilnehmerversorgung und eine uneingeschränkte Finanzierung der Bildungsträger** garantiert werden.

Die Bundesagentur muss verhindern, dass es zu Kürzungen oder im schlimmsten Falle einem Ausbleiben der Vergütungen für die Träger kommt. Auf keinen Fall dürfen existenzbedrohende Situationen für Träger entstehen, die immer ihren Verpflichtungen nachgekommen sind und die Bundesagentur für Arbeit auch in Zukunft dabei unterstützen werden, ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass eine Schließung von Einrichtungen der Träger nicht bedeutet, dass dort keine Kosten mehr anfallen. Insbesondere Fixkosten wie Mieten, Leasingraten etc. und laufende Personalkosten müssen weiterhin finanziert werden. Die Gefährdung von Arbeitsplätzen muss auf jeden Fall vermieden werden. Deshalb müssen die entsprechenden Vergütungen der zuständigen Leistungsträger weiterhin gezahlt werden.



Von der Bundesregierung wurde immer wieder deutlich gemacht, dass sie alles daran setzen will, dass es nicht zu existenzgefährdenden Situationen für Unternehmen kommen soll. In diesem Sinne sollte auch die BA mit Blick auf die Träger der beruflichen Bildung handeln. Daher fordern wir mit Nachdruck: Lassen Sie uns in dieser schwierigen gesamtgesellschaftlichen Situation nicht im Stich! Mit dem Ausbleiben der Finanzierung der Maßnahmen wäre unsere Existenz ernsthaft bedroht. Unsere Bildungsinstitutionen geben Menschen Stabilität, die durch die Corona-Krise besonderen Halt benötigen. Die Auswirkungen eines Wegfalls solcher Einrichtungen wären fatal. Daher bitten wir Sie eindringlich: Werden Sie Ihrer Fürsorge als Bundesinstitution gerecht und unterstützen Sie uns durch eine Weiterfinanzierung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thiemo Fojkar  
Vorsitzender des Vorstands Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.

gez. Dr. Klaus Vogt  
Präsident Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.

gez. Hans-Peter Eich  
Vorstandsvorsitzender Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V.

gez. Werner Sondermann  
Vorsitzender Verband der Kolping-Bildungsunternehmen Deutschland e. V.

gez. Norbert Rokasky  
Vorstandsvorsitzender Verband Sächsischer Bildungsinstitute (VSBI) e.V.

gez. Marc Hentschke  
Vorstandsvorsitzender Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e. V.

gez. Prof. Dr. Frank Elster  
Vorstandsvorsitzender Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit e. V.

gez. Jens-Uwe Riedel  
Vorstand Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnortnahe Berufliche Rehabilitationseinrichtungen e.V.